

Bericht über die öffentliche Gemeinderatssitzung vom 20.02.2025

TOP 1: Begrüßung

Bürgermeister Roland Lang eröffnet die Gemeinderatsitzung und begrüßt die Gemeinderatsmitglieder, zwölf Zuhörer sowie eine Vertreterin der Presse.

TOP 2: Bürgerfrageviertelstunde

Von Seiten der Zuhörerschaft werden keine Fragen an den Gemeinderat gestellt.

TOP 3: Beschluss über einen Zuschussantrag der Bürgerinitiative A 8 Drackensteiner Hang e.V.

Bürgermeister Roland Lang führt zunächst in den Tagesordnungspunkt ein und erläutert, dass die Bürgerinitiative A 8 Drackensteiner Hang e.V. für eine ergebnisoffene Prüfung des Planfeststellungsbeschlusses einen Zuschuss in Höhe von 4.000 € bei der Gemeindeverwaltung beantragt habe. Hiernach gewährt er Herrn Danner, als 1. Vorsitzenden der Bürgerinitiative Drackensteiner Hang e.V., ein vorab vereinbartes Rederecht für eine kurze Vorstellung des Zuschussantrages.

Herr Danner erklärt sodann, dass die Bürgerinitiative seit ihrer Gründung vor über 35 Jahren im Rahmen der vorangegangenen Auslegungsverfahren bereits sehr viele Verbesserungen für die Drackenstein erwirken konnte. Auch im nun vorliegenden Planfeststellungsbeschluss wurden die Einwendungen und Anregungen der Bürgerinitiative an rund 20 Stellen erwähnt. Seiner Meinung nach gibt es jedoch in dem Planfeststellungsbeschluss noch immer wesentliche Bereiche, welche eine umfassende gerichtliche Überprüfung notwendig erscheinen lassen. Aus diesem Grunde ist von der Bürgerinitiative geplant, den Planfeststellungsbeschluss von einem Rechtsanwalt und einem Fachplaner ergebnisoffen überprüfen zu lassen. Hierfür würden Kosten in Höhe von 10.000 € anfallen. Da die Bürgerinitiative diese Kosten nicht alleine aufbringen kann, bittet er den Gemeinderat um einen Zuschuss in Höhe von 4.000 €.

Im Rahmen der anschließenden Gremiumsdiskussion erklärt ein Gemeinderat, dass die Bürgerinitiative seit vielen Jahren für die Belange von Drackenstein kämpfe und hierbei bereits sehr viel erreicht habe. Die vorgeschlagene ergebnisoffene Prüfung bzw. eine Prüfung in alle Richtungen hält er daher für äußerst sinnvoll. Er spricht sich deshalb klar für eine Gewährung des Zuschusses aus. Des Weiteren kritisiert er an dieser Stelle, dass die Verwaltung seiner Meinung nach die Bürgerschaft hinsichtlich des Planfeststellungsbeschlusses nicht ausführlich genug informiert habe. Seiner Meinung nach hätte man die Bürgerschaft hier deutlich mehr mit ins Boot holen müssen. Ebenfalls wäre seiner Rechtsauffassung nach ein Beschluss des Gemeinderates notwendig gewesen, in welchem klar geregelt werde, ob von Seiten der Gemeinde eine Klage eingereicht werde oder nicht.

Von Bürgermeister Lang wird dieser Auffassung vehement widersprochen. So habe für die Gemeinderäte ein informeller Termin stattgefunden, an welchem den Gemeinderäten der Planfeststellungsbeschluss detailliert durch den Rechtsanwalt der Gemeinde erläutert wurde. Hierbei wurde speziell auf die vorgebrachten Einwendungen der Gemeinde beim vergangenen Auslegungsverfahren eingegangen. Ebenfalls wurde bewertet, inwieweit diese Einwendungen im Planfeststellungsverfahren berücksichtigt wurden. Im Ergebnis konnte dabei konstatiert werden, dass der Gemeinde im Planfeststellungsbeschluss durchaus Zugeständnisse gemacht wurden. So wurde der geplante Tunnel auf die Forderung der Gemeinde Drackenstein hin um rund vier Meter tiefer ins Erdreich eingepplant. Auch wurden

den Bedenken hinsichtlich des Sicherheitskonzepts in weiten Teilen stattgegeben. Im Rahmen des Termins wurde von Seiten des Rechtsanwaltes in der Einreichung einer Klage bezüglich der Durchsetzung weitergehender Forderungen keine reelle Chance gesehen. Ebenfalls wäre eine Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig mit sehr hohen Kosten verbunden. Von Seiten der Gemeinderäte wurde diese Einschätzung geteilt bzw. es wurde von keinem Gremiumsmitglied an die Gemeinde herangetragen, dass man doch eine Klage anstreben solle. Aus diesem Grunde fand sich hierzu auch kein Beschlussantrag auf der Tagesordnung wieder. Gerne könne man jedoch nochmals mit dem Kommunalamt abklären, ob ein Beschluss hinsichtlich der Nichteinreichung einer Klage notwendig gewesen wäre.

Bezüglich des Vorwurfs, dass man die Bürgerschaft bei diesem Thema nicht informiert habe, erklärt der Vorsitzende, dass am 17.02.2025 eine Bürgerversammlung stattgefunden habe. In der über dreistündigen Versammlung war das Thema Planfeststellungsbeschluss der dominierende Diskussionspunkt. Hierbei habe der Vorsitzende den Bürgern ausführlich die Ergebnisse präsentiert. Den Rahmen einer Bürgerversammlung habe er des Weiteren für dieses Thema bewusst gewählt, da sich die Bürger hier anders als in einer Gemeinderatssitzung aktiv in die Versammlung einbringen können. Bei einer Gemeinderatsitzung wäre dies nicht möglich gewesen, da hier die Bürger mit Ausnahme der Bürgerfrageviertelstunde eigentlich zu den einzelnen Tagesordnungspunkten kein Frage- und Rederecht haben. Ebenfalls ergänzt er, dass im Rahmen der Bürgerversammlung viele Bürger im gut gefüllten Dorfsaal von diesem Fragerecht Gebrauch gemacht haben.

Des Weiteren zeigt sich Bürgermeister Roland Lang von der im Rahmen der letzten Planauslegung von der Bürgerinitiative vorgebrachten modifizierten K 23 Trasse irritiert. Hier wäre ein hangparalleler sechsstreifiger Ausbau des bisherigen Alababstieges notwendig. Zusätzlich würden noch zwei Rettungstreifen benötigt werden, sodass sich insgesamt ein enormes Hangbauwerk ergeben würde. Hierzu erklärt er, dass er sich beim besten Willen nicht vorstellen könne, dass dieses Bauwerk für die Gemeinde Drackenstein verträglicher als die angedachte Gostalbrücke wäre. Auch bemängelt er, dass die Bürgerinitiative im Sommer 2023 Terminvorschläge für einen runden Tisch beim Regierungspräsidium ausgeschlagen habe.

Herr Danner erklärt hierzu, dass im Rahmen dieser Sitzung keine Trassendiskussion angestoßen werden solle. Bei Terminen mit dem Regierungspräsidium habe die Bürgerinitiative zudem bereits mehrmals negative Erfahrungen gemacht.

Eine Gemeinderätin erklärt ebenfalls, dass man sich lediglich mit dem Zuschussantrag befassen solle und keine Trassendiskussion zu führen sei. Des Weiteren erklärt sie, dass das Anliegen der Bürgerinitiative äußerst unterstützenswert sei und spricht sich daher für die Gewährung des Zuschussantrages aus.

Von anderer Seite wird hierzu entgegengesetzt, dass nun nach dem Vorliegen des Planfeststellungsbeschlusses der Traum von einer K-Trasse endgültig ausgeträumt sei. Die E-Trasse werde man nicht mehr verhindern können. Er spricht sich daher gegen die Gewährung des Zuschussantrages aus. Als positiv sieht er zudem, dass den Einwendungen der Gemeinde im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses Zugeständnisse gemacht wurden.

Von anderer Seite wird ebenfalls hinterfragt, inwiefern eine etwaige Klage den Beginn der Bauarbeiten überhaupt verhindern könnte. Schließlich stehe das Großbauprojekt Stuttgart 21 vor der Fertigstellung obwohl hierzu noch immer Klagen anhängig sind.

Nach Abschluss der Diskussionsrunde lehnt der Gemeinderat bei zwei Stimmen dafür, drei Gegenstimmen und drei Enthaltungen die Gewährung des Zuschussantrages ab.

TOP 4: Diskussion über die zukünftige Gestaltung des Katzenschutzes

Da sich ein etwaiger Lösungsansatz für die zukünftige Gestaltung des Katzenschutzes kurz vor der Gemeinderatsitzung zerschlagen hatte, einig sich das Gremium auf eine Vertagung des Tagesordnungspunktes.

TOP 5: Anschaffung von neuen Sitzungslaptops

Der Vorsitzende verweist auf die Vorberatung der vergangenen Sitzung. Da der Kostenrahmen eingehalten wurde, habe er die neuen Sitzungslaptops beim günstigsten Anbieter, der Firma Meta Comp, zum Preis von 10.126,90 € brutto bestellt.

Der Gemeinderat nimmt die Anschaffung der neuen Sitzungslaptops zur Kenntnis und beschließt die Anschaffung nachträglich einstimmig.

TOP 6: Anschaffung einer Sandkastenabdeckung

Der Vorsitzende erklärt, dass die alte Sandkastenabdeckung im Kindergarten stark beschädigt war. Er habe daher eine neue und deutlich widerstandsfähigere Sandkastenabdeckung bei der örtlichen Firma Daubenschütz Wassertechnik GmbH zum Preis von 2.287,18 € bestellt.

Der Gemeinderat nimmt die Anschaffung der neuen Sandkastenabdeckung zur Kenntnis und beschließt die Anschaffung nachträglich einstimmig.

TOP 7: Gründung eines „Spielplatzkreises“

Nachdem nun die Baugenehmigung für den Spielplatz vorliegt, möchte der Vorsitzende dieses Projekt nun voranbringen. Er sieht hierzu die Bildung eines „Spielplatzkreises“ vor, welcher ein Konzept zur Entwicklung des Spielplatzes erarbeiten soll. Über die konkrete Umsetzung habe dann jedoch der Gemeinderat Beschluss zu fassen. Dem Spielplatzausschuss sollen neben dem Bürgermeister zwei Gemeinderäte, zwei Vertreter der Elternschaft sowie ein Vertreter der Senioren angehören.

Von einem Gremiumsmitglied wird vorgebracht, dass zunächst ein ebener Untergrund zu schaffen wäre. Der Vorsitzende sieht dies ebenfalls so.

Der Gemeinderat beruft die Gemeinderäte Finckh und Schweizer als Vertreter in den „Spielplatzkreis“.

TOP 8: Verschiedenes

- Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die vorgezogenen Neuwahlen des Feuerwehrkommandanten für den 14.03.2025 angedacht sind. Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis und erklärt, dass er mit dem Termin einverstanden ist.
- An die Verwaltung wird die Frage herangetragen, ob man eine Auskunft zu den weißen quadratischen Markierungen auf der Kreisstraße geben könne. Der Vorsitzende erklärt hierzu, dass ihm diese zwar aufgefallen seien. Der konkrete Zweck sei ihm hierzu jedoch nicht bekannt. Er könne sich jedoch vorstellen, dass dies mit den anstehenden Vermessungsarbeiten der Autobahn GmbH zusammenhängen könnte